

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 133 (1967)

Heft: 2

Artikel: Gedanken zu einer Wehrreform in der deutschen Bundesrepublik

Autor: Schweppenburg, Leo Freiherr Geyr von

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-43732>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

R. Roedel, «I rapporti fra Italia e Svizzera nel Risorgimento» in: «Archivio storico ticinese», Nr. 7/1961, S. 347ff., Bellinzona.
G. Rossi-E. Pometta, «Storia del Cantone Ticino dai tempi più remoti fino al 1922», Lugano 1941.
Ferner Aufsätze in: «Sport» Nr. 49/1940; «La Cooperazione» Nr. 14/1949; «Tribune de Genève» 17. Januar 1950; «La Liberté», 3. Dezember 1959;

«Giornale del Popolo», 21. November 1959, Nr. 142/1960, 26. Januar 1966, 7. Juli 1966; «Basler Nachrichten» Nr. 506/1959, Nr. 279/1960; «Neue Zürcher Zeitung» Nr. 3617/1959, Nr. 2163/1960, Nr. 2413/1965; «Bund» Nr. 32/1965; «Berner Tagblatt» Nr. 214/1966; «National-Zeitung» Nr. 300/1966; «Genossenschaft» Nr. 7/1943, Nr. 35/1966.

Gedanken zu einer Wehrreform in der deutschen Bundesrepublik

Von General d. Pz. a. D. Leo Freiherr Geyr von Schweppenburg, Irschenhausen (BRD)

Vorbemerkung der Redaktion. Nicht nur die NATO-Krise, die Spannungen in der Führung der Bundeswehr und die Stationierungskosten der amerikanischen und britischen Streitkräfte bestimmen die gegenwärtige Wehrdiskussion unseres nördlichen Nachbarlandes. Von der Schaffung einer Miliz als Ergänzung einer begrenzten Berufsarmee erwarten gewisse Befürworter neben der Weckung des Wehrwillens der ganzen Nation einerseits größere Heeresbestände, welche eine grenznahe Verteidigung ermöglichen sollen, möglichst ohne a priori taktische Atomwaffen einsetzen zu müssen. Andere versprechen sich davon eine wirtschaftlich und finanziell leichter tragbare Lösung der Verteidigung Westdeutschlands; solche Gedankengänge enthält der nachfolgende Aufsatz (erstmalig erschienen im «Handelsblatt», Düsseldorf) des auch bei Schweizer Offizieren aus seinen Vorträgen und früheren Beiträgen in dieser Zeitschrift bekannten Autors.

Die Veröffentlichung dieses Aufsatzes in unserer Zeitschrift erfolgt nicht etwa, um den Export unseres Milizsystems zu propagieren. Daß dies überheblich wäre, wurde bei früherer Gelegenheit deutlich gemacht (vergleiche «Miliz. Betrachtungen zu einer Geschichte des deutschen Volkssturms», ASMZ Nr. 12/1962, S. 693 ff.). Die im nachstehenden Aufsatz enthaltenen Hinweise auf unser Milizsystem sind aber geeignet, uns Anlaß zu nüchterner Beurteilung unseres Wehrsystems zu geben. Das ist immer nützlich. WM

Das Bild eines großen Krieges der Zukunft ist mehr denn je zuvor verhangen. Im Ablauf der Jahre unterliegt es zudem ständigem Wechsel. Dementsprechend ändert sich die Wehrform eines Staates nach dem Gesetz: «Alles fließt.» Oder besser: sie sollte sich ändern. Sie wird durch die gleitende außenpolitische und geographische Gefahrenlage beeinflußt. Letztere hat heutzutage die erweiterte Waffenwirkung zu berücksichtigen, besonders die atomare aus der Luft, von See her oder die auf dem Lande.

Maßgebend für die jeweilige Wahl der staatlich verschiedenen und wechselnden Wehrformen bleiben politische Bindungen wie diejenige der NATO. Vor allem müssen aus Selbstinteresse die Rücksichten auf das eigene Wirtschafts- und Finanzpotential den gebührenden Platz innehaben und behalten. Es handelt sich daher insgesamt um einen vernünftigen Kompromiß zwischen dem möglichen Maß der militärisch anzustrebenden Sicherheit und der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit. In dieser Hinsicht war vor den beiden Weltkriegen England den kontinentaleuropäischen Staaten überlegen.

Eine Sicherheit gegen einen Feindangriff gibt es nur noch in bedingtem Ausmaß. Selbst für das «meerumschlungene» und finanzstarke Kernland der USA kann es angesichts der Waffenentwicklung keine Sicherheit mehr gegen die Atomwirkung mit Fernraketen, gegen atomare Angriffe aus der Luft oder von See her geben.

II

Die NATO hatte ihren Ursprung in der europäisch-atlantischen Konfrontation mit der Sowjetunion. Die Gefahr eines sowjetischen Angriffs nach Westen gilt allgemein als unwahrscheinlich, wenn auch nicht als geschwunden. Es wäre angesichts der amerikanischen Atomkraft zu riskant, solange Teile der US-Streitkräfte – gleichgültig in welcher Stärke – noch in Westeuropa anwesend sind. Der amerikanische Verteidigungs-

minister McNamara hat in entsprechender Würdigung der Lage öffentlich erklärt, daß der Schwerpunkt der US-Verteidigung erkennbar nach dem Fernen Osten verlagert ist. Andererseits können die USA ihre Landstreitkräfte aus Gründen eigener Sicherheit nicht ganz aus Europa abziehen. Bei der Stärke der in der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte zu Land und in der Luft und bei der hohen Qualität der Roten Armee wäre theoretisch ein Überrennen der NATO-Landstreitkräfte in Westeuropa jederzeit möglich. Ein Festsetzen von sowjetischen Raketen- und U-Boot-Basen an der Atlantikküste wäre aber für die USA ohne atomaren Gegenschlag kaum vorstellbar. Der Kreml weiß das.

Wenn der einzige vorstellbare Gegner für den Westen der sowjetische Koloß ist, so steht dem ein kennzeichnendes Wort entgegen: «Warum soll er uns eigentlich angreifen und einen beiderseitig selbstmörderischen Atomkrieg mit den USA riskieren?» So meinte schon vor Jahren «Batuschka» Köstring, unser moskaugebürtiger letzter Militärattaché und einer der besten Kenner der Sowjetunion und seines Militärwesens – «er hat ja alles, was er braucht oder haben will».

Im übrigen steht die Sowjetunion auf weitere Sicht im Falle eines Großkrieges heute wie vor dem zweiten Weltkrieg vor der Möglichkeit eines Zwei- oder Mehrfrontenkrieges. Das wesentlich ungefährlichere Japan ist in absehbarer Zukunft für den Kreml durch das gefährlichere China an der sowjetischen Ostflanke ersetzt worden. Würde dies vom Kreml anders gesehen, dann würde er nicht kürzlich in Tokio den von Stalin noch als Erbfeind bezeichneten Japanern den Zugang zu den reichen Rohstofflagern Sibiriens vertraglich zugesichert haben.

III

Bei einem wenig wahrscheinlichen Großkrieg, in den Westeuropa einbezogen würde, könnte als Bedeutungsfolge bei der derzeitigen Wehr- und Waffenentwicklung folgendes in Betracht gezogen werden:

- Die Waffenwirkung aus dem Weltraum. Man ist zur Zeit zwar dabei, Verträge abzuschließen, die derartiges verhindern sollen. Es gibt aber keinen Staat, einschließlich der USA, der sich nicht in einem der beiden Weltkriege über Neutralität oder Nichtangriffsverträge hinweggesetzt hätte. Die Bedeutung einer eventuellen Waffenwirkung aus dem Weltraum ist in ihren Formen und im Ausmaß noch nicht definierbar.
- Atom- und Raketenkrieg und ihre Koppelung.
- Luftkrieg einschließlich der Luftwaffe als Trägerin atomarer Einwirkungen.
- Krieg zur See und von der See landeinwärts (U-Boot-Kampf mit Polarisrakete).
- Landkrieg; in Westeuropa an letzter Stelle.

Zum Atom- und Raketenkrieg ist festzustellen, daß Deutschland nach den Worten des französischen Verteidigungsministers ein *atomarer Habenicht* ist und daher hauptsächlich als Objekt figuriert. Dieser Minister hat recht, wenn er den Besitz der

Bombe als eine Garantie für verteidigungsmäßige Unabhängigkeit bezeichnet. Diese Garantie ist in dem begrenzten Ausmaß der französischen Möglichkeiten in ihrer Bedeutung problematisch.

Das heute verfügbare Antiraketensystem ist nach maßgeblicher US-Ansicht von zweifelhafter Wirkung. Wenn ein bestmöglicher Antiraketenschutz neben seiner Unsicherheit schon für die finanzstarken Vereinigten Staaten kaum tragbare Kosten mit sich bringen würde, so dürfte das für kleinere Staaten, darunter Westdeutschland, noch weniger in Betracht kommen.

Gegenüber der sowjetischen Luft- und Seemacht sind die deutschen Wehrmachtsteile dieser Verteidigungssparte von untergeordneter Bedeutung. Befestigungen bedeuten gegenüber der ständig wachsenden und betonten Stärke der sowjetischen Luftlandtruppen und ihres zunächst zahlenmäßig überlegenen taktischen Luftschutzes wenig oder nichts. Wenn man in einer Art Wunschenken von Vorwärtsverteidigung redet, so erhebt sich angesichts der Verkoppelung der Land- und Seeverteidigung die Frage, wie man sich bei den Kräfteverhältnissen in der Ostsee dort die Vorwärtsverteidigung vorstellt.

Dasselbe gilt für die Aussichten, welche die geographische Lage der Tschechoslowakei für einen Feindaufmarsch und die Flankierung auch vom Süden her bieten würde, gar nicht zu reden vom Überfliegen sowjetischer Luftlandarmeen mit ihrem zu Beginn überlegenen taktischen Luftschutz.

IV

Die Verteidigungslage Westdeutschlands hat sich von der Außenpolitik her in den letzten 10 Jahren geändert. Der amerikanische Verteidigungsminister McNamara sprach kürzlich in Paris beim Treffen der Wehrminister der NATO «von einer regelmäßigen Anpassung an die internationale Lage». Eine gerade in der Bundesrepublik nicht leicht zu erreichende radikale Überprüfung der bisherigen Wehrform scheint besonders auch im Interesse der deutschen Wirtschaft geboten.

Die Mehrzahl der westeuropäischen NATO-Staaten haben ihre Dienstzeit verkürzt. England ist zur Berufarmee übergegangen. Als es sich unter der drohenden Kriegsgefahr Ende der dreißiger Jahre veranlaßt sah, zur allgemeinen Wehrpflicht überzugehen, wählte es zunächst eine solche von 6 Monaten.

Es erhebt sich die Frage, ob Deutschland nicht auf dem besten Wege ist, sich in «Nibelungentreue» mit einer vermeintlich schimmernden Wehr als Festlandsdegen der Angelsachsen mit begrenzter und vorgeschriebener Waffenzuteilung wirtschaftlich ruinieren zu lassen. Zudem zahlt der deutsche Michel für seine «Wacht am Rhein» noch Milliardenbeträge.

Die unmittelbare Angriffsgefahr für Deutschland und auch für das übrige Westeuropa ist vermindert. Die Waffenentwicklung ist andererseits so, daß es eine absolute Sicherheit für niemanden mehr gibt, besonders nicht für den Westen.

Auch Kanada und Australien sind bei den heutigen waffen- und wehrmäßigen Verhältnissen kaum weniger, vom strategisch geographischen beziehungsweise bevölkerungsmäßigen Gefahrenstandpunkt eher mehr bedroht als Westdeutschland. Trotzdem haben sie ein gemischtes Wehrsystem beibehalten.

Das sowjetische Trauma gegenüber dem deutschen Militär, hinter dem doch die US-Atomkraft steht, ist Wirklichkeit und nicht zweckdienliche Propaganda. Wer aus eigener Beobachtung in der Sowjetunion im Frieden und im Kriege die diesbezügliche Psychologie kennengelernt hat, wird nach den sowjetischen Erfahrungen in den letzten beiden Weltkriegen dies für glaubhaft halten.

Vor 10 Jahren fand im Bundesrat eine mehrstündige Diskussion über die Dauer der Dienstzeit unter Hinzuziehung von erfahrenen Militärs statt. Auf der einen Seite vertraten die Traditionalisten die Forderung nach einer eineinhalb- bis zweijährigen Dienstzeit. Sie wurde vor allem mit der Möglichkeit eines «sowjetischen Überraschungsangriffes» begründet. Demgegenüber entschied sich der Bundesrat auf Grund der Ausführungen des Verfassers für eine einjährige Dienstzeit.

Während der Bundesratsdiskussion im Sommer 1956 wurde darauf hingewiesen, daß Last und Folgen einer längeren Dienstzeit vor allem auf die deutsche Wirtschaft zurückschlagen würden und daß es möglich wäre, bei Abwerfen des überholten Ballastes, wie zum Beispiel einer dreimonatigen infanteristischen Grundausbildung, in 6 bis 8 Monaten einen feldfähigen Soldaten auszubilden, ausgenommen die Spezialisten für Elektronik und Nachrichtendienste. Die während des Krieges erprobten Prinzipien der deutschen Kurzausbildung an der Panzerwaffe wurden nach dem Krieg von einer großen europäischen und einer starken asiatischen Armee erworben.

Zudem ist die Forderung, die Wirtschaftslage nicht zu gefährden, heute – da das Wirtschaftswunder schrumpft und ausländische Arbeitskräfte herangezogen werden müssen – so aktuell wie damals.

Es wurde schon 1956 darauf hingewiesen, daß eine dreimonatige infanteristische Grundausbildung, besonders bei technischen Waffen, eine Vergeudung von Zeit bedeute. Auch der damals amtierende Minister Strauß hatte sich zu dieser Zeit für eine Verkürzung der infanteristischen Grundausbildung auf 2 Monate ausgesprochen. Sämtliche in letzter Zeit vom Verfasser befragten Bundeswehrsoldaten äußerten sich ausnahmslos dahin, daß das nach ihrem Urteil im Ernstfall Notwendige ihnen in der Hälfte der Dienstzeit hätte beigebracht werden können. Es gab schon früher einen berechtigten Spruch: Die Hälfte seines Lebens wartet der Soldat vergebens!

Man mag – wie es vor 10 Jahren im Bundesrat geschehen ist – das mangelnde Können des verfügbaren Ausbildungspersonals für manchen Schaden verantwortlich machen. Das taten damals, im Tauziehen um die neue Form, die Traditionalisten. Die anderen konterten: Wenn Schullehrer ungenügend sind, wird deswegen doch niemand eine Verlängerung der Schulzeit verlangen.

V

Der Deutsche neigt kraft seiner Natur zum Perfektionismus. Angesichts der derzeitigen außenpolitischen und wirtschaftlichen Lage ist Perfektionismus aber nicht das zweckdienlichste Mittel, die rechte deutsche Wehrform zu finden. Man muß sich von dem Gedanken lösen, als gäbe es eine volle Sicherheit.

Geschichtlich darf zunächst einmal darauf hingewiesen werden, daß General von Seeckt nach dem ersten Weltkrieg längere Zeit den Gedanken einer zahlenmäßig begrenzten Berufarmee in Verbindung mit einer Miliz erwogen hat. Er suchte also, obwohl er der deutschen Militärtradition engstens verhaftet war, schon damals nach einer neuen Wehrform. Admiral Heye machte dann vor einiger Zeit den Vorschlag, sich auf eine aus Freiwilligen bestehende Berufarmee zu beschränken. Dem aber muß widersprochen werden. Denn woran es in Westdeutschland vom militärischen Gesichtspunkt her am meisten fehlt, ist der geschwundene Wehrwille der Nation.

In den Vereinigten Staaten ist heute die übliche Einberufung durch Auswahl stark umstritten. In der Bundesrepublik bemühen sich nicht wenige – klar gesprochen –, teilweise mit wenig

erfreulichen Mitteln, an der Erfüllung der doch wahrhaft demokratischen allgemeinen Wehrpflicht vorbeizukommen. Auch die Rote Armee hat sich, als sie endgültige Form gewinnen sollte, mit dem Gedanken der Miliz beschäftigt. Sie hat sie aber verworfen, «weil sie sich nicht als Angriffsarmee eignete».

So bleibt als Lösung vorzuschlagen: eine gut bezahlte technische Berufsarmee, hinter der mindestens eine halbe Million oder auch mehr in der Bundeswehr ausgebildete Reserven stehen, und zusätzlich eine 6 bis 8 Monate dienende Miliz nach Schweizer Muster. Dadurch könnte die derzeitige Notlage des verblässenden deutschen Wirtschaftswunders finanziell entlastet, das Arbeitspotential entscheidend vermehrt und gleichzeitig der Wehrwille bei einer wirklich hart und demokratisch gerecht durchgeführten allgemeinen Wehrpflicht wieder geweckt und gefördert werden. Letzten Endes entscheidet nämlich im Kriege der Mensch, der hinter der Maschine steht, und nicht die Technik allein. In der Industrie ist es kaum anders. Eine Kombination von Berufsarmee und Miliz würde also beidem gerecht.

Wenn man sich heute in die Schuhe des Kremles stellt, so kommen wir erneut zu der hier uns nicht unangenehmen Erkenntnis, daß die westliche Flanke ihm heute nicht annähernd dieselbe Sorge machen dürfte oder machen kann wie der ständig

wachsende «gelbe Riese» an seiner Ostflanke. Zum Milizsystem als Teil der deutschen Wehrmacht und ihrer verkürzten Ausbildungszeit darf auf ein Wort eines auf hoher Ebene geschulten Kopfes und ehemaligen Divisionskommandanten der Schweizer Armee mit reichlicher Auslandserfahrung hingewiesen werden: «Ich verstehe nicht, wieso ein Volk mit diesen Schullehrern, mit dieser technischen Begabung, mit diesem Organisationstalent und mit dieser Kriegserfahrung der Auffassung ist, daß es mit keiner geringeren Dienstzeit als mit eineinhalb oder zwei Jahren auskommen könnte». Der Verfasser teilt diese Auffassung. Er tut dies aus praktischer Erfahrung. Denn er weiß, daß sich die Kurzausbildung im Felde bewährt hat, wie sie die deutsche Panzerwaffe im letzten Teil des Krieges zur Durchführung brachte.

Zum Schluß darf noch darauf hingewiesen werden, daß die Wahl der Wehrform jedem NATO-Partner freigestellt ist. Einer der letzten Generalsekretäre der NATO hat dies ausdrücklich schriftlich bestätigt. Die im alten Wehrmachtsdenken verhafteten Traditionalisten hören das natürlich ungern. Sie opponierten dagegen schon vor 10 Jahren im Bundesrat. Wir müssen aber zu neuen Formen kommen, um der deutschen Wirtschaft zu helfen und eine Armee zu bauen, die auch der in den letzten 10 Jahren gewachsenen neuen Gesellschaftsordnung entspricht.

FLUGWAFFE UND FLIEGERABWEHR

Der Einsatz von V/STOL-Flugzeugen

Über senkrecht- oder extrem kurzstartende Flugzeuge ist seit einigen Jahren sehr viel geschrieben worden. In der Septembernummer des «Armed Forces Management» berichtet James L. Trainer über den heutigen Stand solcher Projekte in den Vereinigten Staaten.

Es sind gegenwärtig hauptsächlich zwei Typen, welche für die Weiterentwicklung und eine eventuelle Einführung bei den Streitkräften in Frage kommen könnten, der XV 5A (Bild 1) und der XC 142 (Bild 2). Der XV 5A ist als Hochleistungs-Rettungsflugzeug für große Einsatzdistanzen vorgesehen, der XC 142 als zukünftiger Ersatz für den CV 2 «Caribou» und den CH 47 «Chinook», welche in erster Linie für den direkten Nachschub an die kämpfende Truppe Verwendung finden. Beide Typen sind aber ursprünglich nicht für einen effektiven Einsatz, sondern nur als Forschungsmodelle gebaut worden,

Kosten gebracht werden kann. Dies ist deshalb um so wichtiger, weil die gewaltige Entwicklung des Helikopters bezüglich Geschwindigkeit, Einsatzradius, Transportkapazität, Panzerung und Bewaffnung die Lösung vieler Aufgaben mit diesem Mittel erlaubt, so daß eine rasche Einführung von Senkrechtstartern nicht mehr so dringend erscheint. Wirklich konkurrenzfähig mit dem Helikopter sind V/STOL-Flugzeuge heute erst für Rettungsflüge zugunsten von weit im feindlichen Hinterland notgelandeten oder abgesprungenen Piloten, weil hier die Kosten keine ausschlaggebende Rolle spielen.

Der erwähnte Artikel, in welchem ausführlich über die zur Durchführung gelangenden Erprobungsprogramme berichtet wird und auch andere Modelle beschrieben werden, wie etwa der Experimentaltyp X 22 (Bild 3) oder das gemeinsame deutsch-amerikanische Projekt CX 6 (Bild 4), erweckt den Eindruck, daß in bezug auf die senkrechtstartenden Flugzeuge eine gewisse Verlegenheit herrscht. Zwar sind unter großem finanziellem

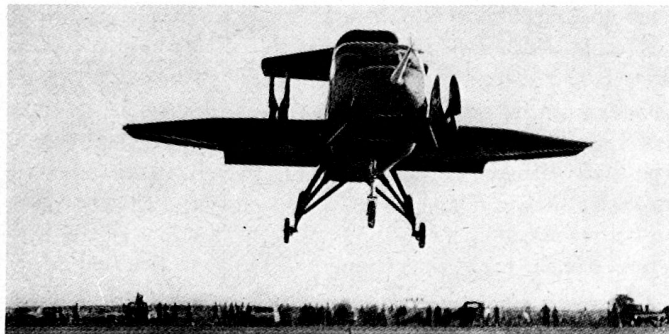


Bild 1

denn noch immer sind in bezug auf den Brennstoffverbrauch, die Zuladefähigkeit und die technische Zuverlässigkeit große Fortschritte zu machen, bevor die Leistungsfähigkeit der V/STOL-Flugzeuge in ein vertretbares Verhältnis zu ihren



Bild 2